



FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT ALDENHOVEN

Aldenhoven im Oktober 2010



DSL kommt



In der letzten Wirtschaftsausschusssitzung vor den Sommerferien wurde das Thema DSL vom beauftragten Ingenieurbüro TE Consult aus Titz vorgestellt und das weitere Vorgehen beschrieben. Insgesamt sind für die Breitbandversorgung 100 TEUR vorgesehen, mit denen folgendes geplant ist: Der Versorger wird von Aldenhoven aus entlang der B56 eine Glasfaserverkabelung bis zur Dorfstraße in Freialdenhoven ziehen. Von dort wird die Gemeinde ein Leerrohr durch den Abwasserkanal der Dorfstraße ziehen, durch das der Versorger dann seine Glasfaserleitung bis zum Verteiler in Freialdenhoven

legt. In Siersdorf wird die Gemeinde ebenfalls in mehreren Straßen Leerrohre im Kanalsystem verlegen, so dass auch hier ein Provider flächendeckend DSL anbieten kann. Die geforderte Bandbreite soll dabei mindestens 16 MBit betragen, 2 Provider haben sich beworben. Die Verlegung der Leitungen wird noch in diesem Jahr beginnen und evtl. bis zum Jahresende abgeschlossen. Wir werden als Ratsvertreter die noch anstehenden Vergabeentscheidungen zügig auf den Weg bringen.



- ✓ SPD, FWG und FDP gegen die Stimmen der anderen Parteien und die des Bürgermeisters eine Resolution unterstützt haben, die eine Gleichbehandlung ALLER Bergbaugeschädigten beinhaltet. Die alte Landesregierung hat sich dieser Auffassung übrigens angeschlossen, ein erster Schritt in Form einer Schlichtungsstelle wurde getan.
- ✓ die CDU es mit ihren Versprechen nicht so genau nimmt. Vor der Wahl wurden Steuerhöhungen abgelehnt. Nach der Wahl wurden als erstes Steuerhöhungen gefordert, statt Sparmaßnahmen zu ergreifen.
- ✓ die Landesmittel zur Finanzierung von U3 Plätzen in Kindergärten von der ehemaligen Landesregierung gestoppt wurden. Jetzt muss die neue Landesregierung die Suppe auslöffeln.
- ✓ FWG und FDP in Sitzungen von der CDU und dem Bürgermeister verbal attackiert wurden, als sie den „geheimen“ Status zum Thema Nahversorgung für Siersdorf erfragt haben.

Mehr Sicherheit für Fußgänger beim Überqueren der L136 (Engelsdorfer Weg –Engelsdorf)



Im vorigen Jahr forderte die FWG die Verwaltung auf, sich bei den zuständigen Behörden für eine Entschärfung des Gefahrenbereichs L 136 – Engelsdorfer Weg einzusetzen. Die Verwaltung hat sich sehr bemüht eine Verbesserung zu erreichen. Leider sehen die zuständigen Behörden keinen Handlungsbedarf, weil diese Querung angeblich kein Unfallschwerpunkt ist. Im Klartext: Es müssen sich Unfälle erst häufen, bevor gehandelt wird.

Wir bedauern das sehr, weil wir glauben, dass zumindest eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 50 ein Schritt zu mehr Sicherheit gewesen wäre. Zudem hätte es keine große Beeinträchtigung des Verkehrs bedeutet, aber zu mehr Sicherheit bei der Querung geführt.

Das Land muss den Kommunen helfen



Dass sich die neue Landesregierung nun der Finanznot in den Kommunen annimmt, ist ein positives Signal. Jahrelang wurde die Beteiligung der Kommunen an Landes- und Bundesaufwendungen permanent gesteigert. In einem ersten Schritt sollen den Kommunen in NRW 300 Mio. € zusätzlich bereitgestellt werden und weitere Hilfen sollen folgen. Aber auch der Bund ist jetzt gefordert. Die zusätzlichen Kosten für die Betreuung von Kleinkindern oder die Erstattung von Mietkosten für Hartz IV Empfänger können nicht allein von den Kommunen getragen werden. Wir benötigen eine ausreichende Finanzierung für alle vom Bund und Land übertragenen Aufgaben. Unsere politische Verantwortung vor Ort beinhaltet, mit dem Geld der Bürger sparsam umzugehen!

Umfangreiche Energiesparmaßnahmen und Haushaltssanierungen haben begonnen

Seit dem Beginn der neuen Wahlperiode wurden von FWG, SPD und FDP bereits verschiedene energetische Sparmaßnahmen und Ausgabenverbesserungen erreicht.

Der unsinnige Neubau des Rathauses, der die Gemeinde mehr als 4 Mio. Euro gekostet hätte, wurde gestoppt und zu den Akten gelegt. Stattdessen wurde der Beschluss gefasst, mit dem verfügbaren Geld aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von 450 TEUR eine Sanierung der wichtigsten Bereiche durchzuführen. Somit wurden mehr als 3,5 Mio. Euro Neuschulden vermieden!

Das Dach des B-Traktes der Realschule wird wärmegeklämt und damit der Energieverbrauch des Gebäudes drastisch gesenkt und die Wärmesituation in den Räumen deutlich verbessert. Weiterhin werden wir in die Verbesserung der Heizungssteuerung der Großsporthalle investieren. Entsprechende kompetente Empfehlungen des Bauamtes wurden aufgenommen und beschlossen.

Ebenso wurde beschlossen, im Gemeindegebiet bei 559 Straßenlaternen die Quecksilberdampflampen gegen Natriumhochdrucklampen auszutauschen. Die Gemeindeverwaltung geht von jährlichen Einsparungen in Höhe von mehr als 30 TEUR aus.

Der beschlossene Austausch der Heizungsanlage im Kindergarten Schleiden wird ebenfalls zu Einsparungen führen. Hierbei wurde auch die Nutzung einer Solaranlage zur Erzeugung von Warmwasser eingeplant.

Durch den Beschluss, alle Büros der Verwaltungsmitarbeiter zukünftig nur noch im Verwaltungstrakt des Rathauses unterzubringen, entfällt das teure Heizen des Erdgeschosses unter dem Ratssaal. Auch durch diese von der neuen Mehrheit durchgesetzte Maßnahme können zusätzliche Einsparungen erreicht werden. Die teure Sanierung des Erdgeschosses im Anbau entfällt damit ebenso.

Zur Finanzierung des Sonnenschutzes in der Realschule haben FWG, SPD und FDP Mittel aus dem Konjunkturpaket II eingesetzt. Ursprünglich war durch die alte Mehrheit geplant, hierfür einen neuen Kredit aufzunehmen. Eine Schuldenaufnahme von 20 TEUR konnte somit vermieden werden.



Haushaltslage – Was geht noch in Aldenhoven?

Die Gemeinde Aldenhoven wird in 2010 mehr als 40 Millionen Euro Schulden haben. Diese setzen sich aus langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von ca. 14,3 Millionen Euro sowie Kassenkrediten in Höhe von 26,5 Mio. Euro zusammen. Die Verschuldung der WOGA in Höhe von fast 6 Mio. Euro ist dabei noch nicht berücksichtigt. Die Zinsbelastung beträgt momentan fast 1,3 Mio. Euro. Wenn die Zinssätze steigen, wird somit auch die Gemeinde insbesondere für Kassenkredite zukünftig erheblich mehr Ausgaben tätigen müssen.

Diesen über viele Jahre aufgebauten Schuldenberg aus eigener Kraft abbauen zu können, ist unrealistisch. Deshalb werden alle Ausgaben der Gemeinde ab sofort einer strengen Kontrolle der Aufsichtsbehörden unterliegen. Ebenso werden wir eine Reduktion von Kosten und Ausgaben in allen Bereichen vornehmen müssen, um auch weiterhin freiwillige Ausgaben z.B. an Vereine tätigen zu können. Auch das Thema Einnahmenverbesserung wird eine Rolle spielen, wobei hierzu auch die Entwicklung neuer Gewerbegebiete und Ansiedlung neuer Firmen gehört.



Die Verschuldung der Gemeinde ist nicht plötzlich entstanden oder nur durch die Wirtschaftskrise verursacht worden. Kontinuierlich wurde in den letzten Jahren mehr Geld ausgegeben als eingenommen. Ursache hierfür waren und sind z.B. die immer höher werdenden Kreisabgaben. Aber auch der fehlende Sparwille der alten vergangenen Mehrheit aus CDU und UsA in den letzten Jahren hat die Situation nicht verbessert. Wir haben immer wieder vor der jährlichen Neuverschuldung gewarnt und von der damaligen Mehrheit einen frühzeitigen Sparkurs eingefordert.

Neben dem notwendigen Sparen werden wir zukünftig zusätzlich auf Hilfen des Landes oder des Bundes angewiesen sein, um unseren Handlungsrahmen wieder erweitern zu können.

Der Kreis plündert unsere Kasse



Die Gemeinde rechnet in diesem Jahr mit ca. 8,8 Mio. Euro an Einnahmen aus Steuern und Abgaben. An den Kreis (Kreis- und Jugendamtsumlage) müssen wir aber fast 10 Mio. Euro abführen, d.h. der Kreis erhält sämtliche Steuern und ähnliche Abgaben der Gemeinde Aldenhoven. Es fehlen somit noch ca. 1 Mio. Euro, um die Forderungen des Kreises zu begleichen!

Der Kreis wird in diesem Jahr ca. 1,5 Mio. Euro mehr Geld fordern als im Vorjahr und bis 2012 sind weitere Steigerungen um mehr als 12 Prozentpunkte bereits beschlossen. Wo soll das noch hinführen? Um Kritik und Optimierungen zu verhindern, hat die Kreistagsmehrheit sogar einen Doppelhaushalt beschlossen, was bedeutet, dass eine Änderung der Ausgabenpolitik im nächsten Jahr nicht möglich sein wird.

Als ob das nicht genug wäre, werden seit Jahren die Kritik an Transparenz und Sinn der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung von der Kreismehrheit zurückgewiesen. Jetzt im Juli musste der Landrat schließlich in der Presse kundtun „Das Konstrukt der GWS ist in dieser Form gescheitert“. Dabei wird heute von einem Schuldenberg in Millionenhöhe gesprochen, der in keinem Haushalt auftaucht, aber voraussichtlich auch noch von den Kommunen getragen werden muss. Auch das Thema Arena Kreis Düren zeigt, dass die Immobilienprojekte auf unsicheren Füßen stehen und Mehrkosten möglicherweise auf uns abgewälzt werden.

Es war und ist unverantwortlich, mit welcher Selbstbedienungsmentalität CDU und FDP im Kreistag mit dem Geld unserer Kommunen umgehen, welches wir uns vor Ort bei den Banken leihen müssen. Ob sich die Kreistagsmitglieder, die diese Vorgehensweisen absegnen, noch den Heimatgemeinden verpflichtet fühlen, ist zu bezweifeln. In Anbetracht der finanziell desolaten Situation würden wir deutlich mehr individuellen Widerstand als politischen Gleichklang erwarten.

Mit der Rathaussanierung wurde begonnen.



Die neue Ratsmehrheit hat die Aktivitäten für den Neubau des Rathauses beendet und alle Weichen für die Sanierung gestellt.

Ein Gutachten hat gezeigt, dass eine Sanierung sinnvoll ist und die Substanz des Gebäudes im Kellerbereich keine schweren Mängel aufweist. Damit wurde die Behauptung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Paffen widerlegt, für eine Trockenlegung des Kellers sei eine halbe Million Euro notwendig. Auch das angeblich einsturzgefährdete hintere Treppenhaus weist nur einen Riss auf, der zur Vermeidung von Feuchtigkeitsschäden geschlossen werden soll.

Die Gemeinde hat aktuell ca. 450 TEUR aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung, um im Rathaus Sanierungen vorzunehmen. Dies führt dazu, dass mit solchen Maßnahmen begonnen wird, die Gefährdungen und Gesundheitseinschränkungen für die Mitarbeiter beseitigen. Zudem werden die veraltete Elektrik sowie die Sanitärinstallationen erneuert. Wir sprechen uns weiter für die Einrichtung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss aus, um die Abläufe im Haus zu vereinfachen, Kosten zu senken und den Bürgern der Gemeinde eine Anlaufstelle für alle ihre Anliegen zu bieten. Im Anschluss folgt die energetische Sanierung. Alle Sanierungs- und Umbaumaßnahmen werden wir auf den Verwaltungstrakt konzentrieren

Da alle Arbeitsplätze zukünftig in diesem sanierten Gebäude sein werden, können wir auf ein teures Heizen der Büros im Anbau unter dem Ratssaal verzichten und sparen somit wieder Energie und Geld. Mittelfristig stellen wir eine weitere Nutzung des aktuellen Sitzungssaals in Frage. Frei werdende Flächen in der 2. Etage des sanierten Verwaltungsgebäudes können als Ratssaal genutzt werden. Eine weitere Option zur Einsparung von Energie- und Instandhaltungskosten!

Anzeige



HOTLINE: 02464 - 585223



Hallo Musikfreunde und interessierte.....

unmusikalische Menschen gibt es nicht! Unsere Ziele für Jung und Alt "von 4 bis 99" :

- Heranführen an die Musik
- Anregen der Musikalität
- Finden und Fördern musikalischer Begabungen
- Anleiten zum aktiven Musizieren
- Vermitteln lebenslanger Freude an der Musik

Wir bieten musikalische Früherziehung / Grundausbildung.

Wir geben qualifizierten Instrumentalunterricht.

Wir ermöglichen das gemeinsame Musizieren.

Ihr **Team der Musikschule Aldenhoven e.V.**

Bildungswege in unserer Gemeinde



Hauptschule



Realschule



Marienschule



GGs Aldenhoven



Johannesschule

Gesamtschule ?

Verbundschule ?

Gemeinschaftsschule ?

Sinkende Schülerzahlen, zurückgehende Anmeldungen an Hauptschulen und verstärkter Zulauf bei Gesamtschulen (vermutlich aufgrund der G8 Regelung) sind nur einige Vorboten einer sich in den nächsten Jahren drastisch verändernden Schullandschaft. Bereits heute kann der lokale Gesamtschulbedarf aus Jülich, Titz, Aldenhoven und Linnich nur durch weite Anreisen unserer Kinder auch in andere Kreise gedeckt werden. In der Städteregion Aachen ebenso wie im Kreis Heinsberg werden bereits Schulschließungen von Hauptschulen diskutiert und verstärkt auf neuere Schulformen gesetzt. Auch die von der Landesregierung initiierte Gemeinschaftsschule ist dabei im Gespräch. Um uns nicht von der Entwicklung und den Aktivitäten der anderen Kreise überholen zu lassen, müssen wir eine offene Diskussion beginnen, mit dem Ziel, eine zukunftsfähige Schulversorgung auch für Aldenhoven sicherzustellen. Nur darauf zu setzen, dass alles so bleibt wie es ist, wird nicht dazu führen, dass Aldenhoven für Eltern und Schüler attraktiv bleibt.

Zur Zeit haben wir eine sehr gute Versorgung durch unsere Real- und Hauptschule. Diese Grundlage sollte genutzt werden, um Ideen für die zukünftige Schullandschaft zu entwickeln. Auf Initiative der FWG Aldenhoven in Kooperation mit den freien und unabhängigen Wählergemeinschaften aus Linnich, Titz und Jülich haben wir Landrat und Kreistag dazu gebracht, erste Aktivitäten zu beginnen. So wird der Kreis einen Schulentwicklungsplan für das gesamte Kreisgebiet erstellen lassen und hiermit auch die Wanderung der Schüler zwischen unseren Nachbarkreisen, der Städteregion Aachen und Heinsberg, berücksichtigen. Da die Umsetzung von Änderungen mehrere Jahre dauert, ist es **jetzt** an der Zeit zu handeln. Wir werden das tun, um Aldenhoven auch für die Zukunft weiter attraktiv zu gestalten.

Dabei werden wir auch das Modell der Gemeinschaftsschule kritisch hinterfragen und die Chancen für Aldenhoven bewerten. Möglicherweise haben wir hier eine interessante Alternative, mit der zukünftig sogar alle Abschlüsse (auch Abitur) in Aldenhoven angeboten werden können.

Wichtige Partner in der Diskussion sind neben den Schulen auch die Eltern und Schüler, deren Bedarf maßgeblich für das zukünftige Angebot sein soll. **Wenn Sie sich hier einbringen wollen oder Anregungen haben, dann sprechen Sie uns direkt an.**

Kontakt unter: www.fwg-aldenhoven.de

Kunst und Kultur in Aldenhoven?!

Es war einmal.....

ein wunderschöner, von Künstlerhand geschaffener
Wasserspender.

Er versah auf dem Friedhof in Aldenhoven viele Jahre
formvollendet seinen Dienst. Als sein Wasserdruckventil nach
jahrzehntelanger unermüdlicher Arbeit defekt war, musste er
feststellen, dass seine Schönheit nicht mehr geschätzt wurde.

Armer Wasserspender!

